

Vorlage der öffentlichen Sitzung des Gemeinderats



Stadtverwaltung
WALLDORF

Walldorf, 07.11.2023

Nummer GR 133/2023	Verfasser Herr Tisch	Az. des Betreffs 880.61; 022.30	Vorgänge
------------------------------	--------------------------------	---	-----------------

TOP-Nr.: 4.

BETREFF

Antrag Fraktionen SPD - Bündnis 90/ Die Grünen: Antrag auf Informationsveranstaltung zum Bahnprojekt Mannheim-Karlsruhe

HAUSHALTAUSWIRKUNGEN

./.

HINZUZIEHUNG EXTERNER

./.

BESCHLUSSVORSCHLAG

Der Gemeinderat beschließt auf Basis der des Antrages der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und der SPD-Fraktion eine öffentliche Informationsveranstaltung zum „Bahnprojekt Neubaustrecke Mannheim- Karlsruhe: Untersuchung Trasse in Walldorf“ zu machen und den Bürger*Innen die Planungen zu Walldorf mitzuteilen.



SACHVERHALT

Mit Schreiben vom 25. September 2023 stellen die Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen und SPD-Fraktion den Antrag auf eine öffentliche Informationsveranstaltung zum Bahnprojekt Neubaustrasse Mannheim-Karlsruhe für den Bereich Walldorfs. Dabei wird insbesondere auf eine Pressemitteilung der RNZ vom 03. August 2023 abgehoben und die Tatsache, dass die Überlegungen zur Neubaustrasse bisher nur nichtöffentlich im Ausschuss für Technik, Umwelt, Planung und Verkehr Gegenstand der Beratungen der gemeinderätlichen Gremien war. Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen hätten immer wieder darauf hingewiesen, dass die Bevölkerung bei diesem Thema mitgenommen und informiert werden muss. Sie führen im Antrag aus, dass die Verwaltung der Stadt Walldorf mit dem Bürgermeister an der Spitze dies so nicht gesehen habe und dass man hier vorsichtig agieren wolle, sodass man dieses Anliegen bislang nicht aufgegriffen hatte. Nach Auffassung der Fraktionen gab es einen Beschluss, zu überlegen, ob sich die Stadt Walldorf zur Trasse der Bahn Neubaustrecke auch öffentlich positioniert und eine ergänzende Stellungnahme entwickelt. Dieses Vorgehen wird seitens der genannten Fraktionen durch den Bürgermeister als verlassen angesehen. Daher finden die Fraktionen es jetzt an der Zeit, die Öffentlichkeit noch in diesem Jahr in einer Informationsveranstaltung zum Bahnprojekt Mannheim-Karlsruhe zu informieren.

Zur Neubaustrasse der Bahn gab es wie im Antrag beschrieben, Beratungen im Ausschuss für Technik, Umwelt, Planung und Verkehr bei der das Vorgehen der Verwaltung in diesem Zusammenhang erläutert und auch für gut befunden wurde. Insbesondere wurde hier eine technische Befassung der Planungen der Bahn durch ein Ingenieurbüro, welches sich im Auftrag der Stadt mit den erkannten Problemstellungen der bislang vorgesehenen Trassenführung in Walldorf beschäftigt hat, dargestellt. Dabei war es klar, dass man hier zunächst technisch und inhaltlich mit der Bahn konstruktiv in einen fachlichen Dialog treten will.

Vertreter der Stadtverwaltung nahmen auch den Austausch mit anderen Kommunen wahr, welcher insbesondere seitens der Stadt Heidelberg gesucht wurde, um sich hier informell zu den Themen auszutauschen. Sich in einem Austausch mit anderen Kommunen ergänzend zu informieren, um zu sehen wie andere Kommunen hier agieren, Problemstellungen sehen und sich positionieren, ist für die Verbreiterung der Informationsgrundlage grundsätzlich sinnvoll und sachdienlich. Dieser interkommunale informelle Austausch ist jedoch nicht im direkten Zusammenhang mit Beschlussfassungen zu sehen, die eine offizielle Position der Kommune bekunden. In Bezug auf die an der Trassenvariante R6-M3 anliegenden Kommunen im Bereich des Rhein-Neckar-Kreises ist auch klar, dass hier vom Grundsatz her sehr unterschiedliche Betroffenheit entstehen, die eine einheitliche Argumentationslinie nur bedingt zulassen. Zwischen Heidelberg, Plankstadt und Eppelheim geht es um die Zerschneidungswirkung einer Neubaustrasse in einer noch bestehenden Grünstreifen im verdichteten Siedlungsraum zwischen bebauten Bereichen. Die grundlegende Thematik ab der Gemeinde Sandhausen ist dem gegenüber die Bündelung mit der Infrastruktureinrichtung der A5. Insbesondere die Bündelung ist regionalplanerisch gewünscht und im Verfahren

in der Bewertung der Trassen mit einem Bonus versehen. Daher stellen sich die Intensionen und Positionen, der im Austausch stehenden Kommunen, inhaltlich und argumentativ durchaus unterschiedlich dar. Dabei mag der Presseartikel zu Positionen und Stellungnahmen und in Bezug auf die sogenannte „Task Force“ durchaus irreführend sein und die getätigten Äußerungen nur bedingt in ihren Intentionen widerspiegeln. Die Einwirkung auf Berichterstattung der Medien und der Wiedergabe von Aussagen bei Anfragen ist dabei nicht möglich.

Wie mit den gemeinderätlichen Gremien besprochen und abgestimmt, wurde seitens der Verwaltung informelle Gespräche mit der Autobahn GmbH und mit der DB-Netze AG geführt, um die dem TUPV vorgestellten technischen Schwierigkeiten bei einer Realisierung einer Trasse östlich der A5 im Bereich des Gewerbegebietes „Walldorf- West“ aufzuzeigen. Dabei hat es sich durch die Gespräche gezeigt, dass es durchaus sinnvoll ist, in einem fachlichen und sachlichen Dialog mit dem Projektträger, der DB-Netze AG, zu treten. In einem solchen Dialog ist es möglich differenziert technische Problemstellungen und situationsbedingte Schwierigkeiten an die Bahn und deren Planer gemarkungsbezogen zu adressieren.

Dabei ging es in den bisherigen Befassungen der Gremien nicht um eine grundsätzliche Ablehnung der Neubaustrecke der Bahn zwischen Mannheim- Karlsruhe, welche ja Teil einer wichtigen europäischen Bahnverbindung auf dem „TEN-Korridor Rhine-Alpine“ zu sehen ist, welche den Güter- und Warenverkehr von der Nordsee bis südlich der Alpen stärken soll.

Das Bahnprojekt Mannheim- Karlsruhe ist Bestandteil des Gesetzes zum Ausbau der Schienenwege des Bundes und eines der wichtigsten Infrastrukturvorhaben im Südwesten Deutschlands und im Herzen Europas. Dabei ist es Ziel weitere Kapazitäten für den Schienenverkehr für eine nachhaltige Mobilität zu schaffen. Sicherlich ist es insgesamt ein wichtiges Ziel mit dieser Infrastrukturmaßnahmen die Schiene im Bereich Güterverkehr zu stärken, auch um die Straßen und damit auch die Bundesautobahnen wie die A5 langfristig zu entlasten. Daher geht es nicht um eine Ablehnung im Grundsatz, sondern um eine verträgliche Führung einer solchen notwendigen Trasse in der Metropolregion und darüber hinaus.

Die DB Netz AG betont, dass das man bei der Neubaustrecke Mannheim-Karlsruhe an die neue Trasse Karlsruhe-Basel, wie auch an die nördliche Weiterführung ab Mannheim anknüpft. Dabei ist das Projekt Karlsruhe- Basel deutlich weiter. Ausgehend von 50 Linienvarianten im Suchraum Mannheim- Karlsruhe ist man hier nach einer Reduktion auf 20 Varianten, mittlerweile bei acht Linienvarianten, welche noch infrage kommen. Die Wertung der noch bestehenden Varianten basieren noch auf den letzten prognostizierten Zugzahlen. Im Jahr 2024 wird eine neue Prognose des Bundes erwartet, die dann im Projekt Neubaustrecke Mannheim-Karlsruhe Berücksichtigung finden muss. Daher ist vor der Auswahl einer Vorzugsvariante seitens der DB Netze AG auf die Zugzahlen des Bundesgutachters zu warten. Die Einarbeitung der neuen Zugzahlen müssen vor dem Raumordnungsverfahren erfolgen. Daneben ist auch die erarbeitete Kapazitätsuntersuchung der bahn zu betrachten und mit einzubeziehen. In Bezug auf diese Grundlagen für die Trassenfindung geht man derzeit davon aus, diese im Laufe des 2024 aktualisiert zu erhalten. Im der derzeitigen vorbereitenden Phase des Projekts werden bei der Trassenfindung insbesondere die drei Zielsysteme Umwelt, Raumordnung und die Finanzierungsfähigkeit bzw. Wirtschaftlichkeit be-

trachtet. Das Ziel dabei ist es eine Vorzugsvariante für das Raumordnungsverfahren für die Neubautrasse Mannheim - Karlsruhe zu finden.

Danach werden weitere Untersuchungen und technische Prüfungen notwendig sein. Eine konkrete technische Planung mit einer Detaillierung und kleinräumigen vergleichenden Varianten muss erst noch erfolgen. Derzeit plant und betrachtet man im Verfahren bei den Linienvarianten noch einen 1.000 m breiten Korridor, sodass eine technische Führung innerhalb der Trasse noch deutlich variieren kann. Dabei sind bei allen Linienkorridoren auch in der weiteren Planung Risiken hinsichtlich des Artenschutzes ggf. gegeben. Die DB Netze AG betont, dass man sich nach wie vor in einer sehr frühen Phase des Projekts befindet und derzeit nur Zwischenzustände in Bezug auf eine künftige Trasse bestehen.

Die Durchführung einer öffentlichen Veranstaltung ist dabei von der Bereitschaft der Bahn abhängig, an einer solchen Veranstaltung teilzunehmen. Eine Vorstellung des Sachstandes durch die Verwaltung wird nicht als zielführend gesehen, da dies die Gefahr birgt Sachverhalte ggf. verkürzt, nur bedingt richtig oder nicht auf dem aktuellsten Sachstand bezogen darzustellen. Ergänzend ist dabei bei einer solchen Veranstaltung sicherlich auch die Erwartung Fragen der Bürger zuzulassen. Eine Beantwortung von vertieften Fragestellungen ist ohne fachliche Begleitung durch den Projektträger die DB Netze AG nicht möglich. Auch der gewünschte Zeitkorridor mit einer Durchführung noch in diesem Jahr dürfte aufgrund der notwendigen Vorlaufzeiten und Anfragen nicht realistisch sein. Daher wird die Durchführung einer solchen Veranstaltung ohne die DB Netze AG derzeit als schwierig umsetzbar angesehen.

Die Informationen zum Sachstand des Bahnprojektes stehen auf der Homepage des Projektes zur Verfügung. Durch den Projektträger ist auch eine öffentliche Informationsveranstaltung als Onlineveranstaltung am 23. November 2023 vorgesehen, sodass sich die interessierten Bürger den Planungsstand im derzeitigen Verfahrens durchaus anschauen und hierzu Informationen bekommen können. Daher wird auf diese Informationsmöglichkeiten und die Veranstaltung ausdrücklich hingewiesen.

Der Planungsstand ist derzeit noch in einem Zwischenstand, sodass derzeit noch acht unterschiedliche Varianten verfolgt werden, bei denen nicht bei allen Varianten die Stadt Walldorf betroffen wäre. Eine öffentliche Vorstellung kann dabei eben nur Zwischenstände aufzeigen. Die Auswahl einer Vorzugsvariante ist erst im Laufe des nächsten Jahres vorgesehen, bei dem auch ergänzende Informationen wie die Zugprognose eingearbeitet werden müssen. Ob eine Trasse auf Walldorf Gemarkung zum Tragen kommt, ist derzeit nicht gesichert und auch noch nicht absehbar.

Es ist auch nicht einfach eine klare abgestimmte Haltung der Gremien und Stellungnahme der Stadt Walldorf bei den bestehenden Unwägbarkeiten und nicht belastbaren Planungen zu ange-dachten Trassenverläufen selbst zu entwickeln. Daher stellt sich durchaus die Frage, was hier an Konkretem selbst in einer solchen Veranstaltung der Bevölkerung dargestellt werden kann.

Beim Austausch mit der Bahn wurde auch im Sinne einer Teilnahme an einer öffentlichen Veranstaltung nachgefragt. Die DB Netz AG sieht hierzu ihre Pflicht zur Information der Öffentlichkeit mit dem Angebot einer öffentlichen Informationsveranstaltung wie am 23. November 2023 durchaus erfüllt. Alle Informationen zum Sachstand sind öffentlich zugänglich und können durchaus von einer interessierten Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Grundsätzlich sieht die Bahn hier keine Sinnhaftigkeit in der Durchführung von Öffentlichkeitsveranstaltungen in jeder Gemeinde, welche derzeit noch von den unterschiedlichen Linienkorridoren betroffen sein könnte, da hier lediglich Zwischenstände dargestellt werden können. Nach Auffassung der DB Netz AG macht dies in dieser noch frühen Phase im informellen Vorfeld zu einem Raumordnungsverfahren ohne eine ausgewählte Vorzugsvariante wenig Sinn. Dies würde man seitens der Bahn eher nach der Festlegung einer Vorzugsvariante sehen, bei der absehbar ist, welche Kommunen wirklich von einer wahrscheinlichen Neubauntrasse der Bahn betroffen wären. Zumal für die bisherigen Linienkorridore noch keine intensiv technisch ausgeplanten Bahntrassen vorliegen. Daher ist auch inhaltlich/fachlich eine Informationsveranstaltung für die Bevölkerung durch den Vorhabenträger noch schwierig.

Die DB Netz AG hatte sich äußerst zurückhaltend in Bezug auf eine Teilnahme an einer Öffentlichkeitsveranstaltung in einzelnen Kommunen mit Blick auf den schon sehr umfangreichen Informationsprozess im Vorfeld des Projektes geäußert. Nach Auffassung der Verwaltung ist die Durchführung einer Öffentlichkeitsveranstaltung in Walldorf ohne eine Beteiligung des Projektträgers der DB Netz AG nicht sinnvoll. Daher wird die Zustimmung zu diesem Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen derzeit nicht empfohlen.

Es wird seitens der Verwaltung vorgeschlagen, zunächst von einer solchen öffentlichen Informationsveranstaltung zum „Bahnprojekt Neubaustrecke Mannheim- Karlsruhe abzusehen. Sollten sich bei der Thematik der Bahntrasse jedoch neue konkretere Sachstände ergeben und sich z.B. eine Vorzugstrasse auf der Gemarkung Walldorfs abzeichnen, wäre es sicherlich vorstellbar und notwendig, hierzu in Folge eine entsprechende Veranstaltung für die Walldorfer Bevölkerung mit dann konkreteren Informationen unter Einbeziehung der DB Netze AG anzubieten.

Matthias Renschler
Bürgermeister